

«Wir können nur beten für sie»

Christen riskieren noch heute ihr Leben für ihren Glauben. Dass weltweit über 200 Millionen Christen verfolgt werden, hat nicht nur religiöse Gründe.

INTERVIEW VON MICHAELA RUOSS

Roberto Simona*, das Wort Christenverfolgung hat etwas Dramatisches. Ist es die Lage auch?

Roberto Simona: Weltweit werden über 200 Millionen Christen verfolgt, also in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt. Das beginnt mit Diskriminierung: Sie dürfen keine Kirchen bauen und werden im Bildungs- und Berufsleben benachteiligt.

Ist die Situation vergleichbar mit den Muslimen in der Schweiz?

Simona: Diese beiden Situationen lassen sich nicht vergleichen. In Saudi-Arabien, Pakistan, China oder Indien, wo die Verfolgung akut ist, hat das Christentum eine jahrhundertelange Geschichte. Trotzdem dürfen Christen ihren Glauben in der Öffentlichkeit nur sehr begrenzt zeigen. Wegen angeblicher Beleidigung des Propheten Mohammed oder des Korans werden Christen immer wieder willkürlich angeklagt.

Die Verfolgung hat also religiöse Gründe?

Simona: Religion wird meist vorgeschoben, fast immer hängt Verfolgung mit anderen Gründen zusammen, mit dem Wiedererwachen des religiösen Nationalismus beispielsweise.



«In Saudi-Arabien ist es Christen verboten, ein Kreuz zu tragen.»

In Saudi-Arabien, dem strengsten islamischen Land, gilt die Scharia – das religiös legitimierte, unabänderliche Gesetz. Ausser dem Islam ist jeder andere Glaube Häresie, also Ketzeri. Den Nachfolgern von Jesus Christus ist es deshalb verboten, ihren Glauben auszuüben – sie dürfen nicht einmal ein Kreuz tragen, geschweige denn gemeinsam beten, ohne dass sie ihr Leben riskieren. Und Muslime, die zum Christentum konvertieren, können mit dem Tod bestraft werden. Manchmal spielt auch Angst eine Rolle.



Für ihren Glauben auf der Strasse: Christen demonstrieren in Karachi (Pakistan).

KEYSTONE

Angst wovor?

Simona: In etlichen Teilen der Welt wächst das Christentum in einem Tempo, dass es auch zahlenmässig zu einer Bedrohung wird. In China gibt es schätzungsweise 75 Millionen Christen, wahrschein-

lich sogar mehr, und die Regierung kann sich nicht erklären, wo die herkommen. Diese unkontrollierbare Bewegung stellt für sie eine echte Bedrohung dar. Oder am Beispiel Indien: Hunderttausende Dalits, die im Kastenwesen nur für die Drecksarbeit zuständig sind, kommen zum christlichen Glauben. Das ist nicht zu übersehen und wird nicht einfach toleriert.

Was können Organisationen wie die Kirche in Not da ausrichten?

Wir helfen christlichen Gemeinden in Not. Wir bilden Priester aus, unterstützen sie und bauen christliche Bauten, wo sie durch Krieg oder Verfolgung zerstört wurden. In Ländern wie Saudi-

CHRISTENVERFOLGUNG

Sonntag der verfolgten Kirche

Seit einigen Jahren wird auf Anregung der weltweiten Evangelischen Allianz der 2. oder 3. Sonntag im November als «Sonntag der verfolgten Kirche» begangen. Der Tag soll die Christen für ihre verfolgten Mitchristen sensibilisieren und zum Gebet aufrufen. Auch in der Markuskirche in Luzern (www.markuskirche.ch) und beim Christlichen Treffpunkt Zug (www.ctz.ch) wird diesen Sonntag für verfolgte Christen gebetet. **mi**

Arabien können wir vor Ort nichts tun für die Christen. Wir können nur beten für sie und auf die Missstände aufmerksam machen.

Wer dann?

Die Regierungen westlicher Länder könnten in Saudi-Arabien am ehesten etwas ausrichten. Theoretisch.

Und praktisch?

Praktisch ist Saudi-Arabien das Land

EXPRESS

► Am 9. November ist der Sonntag der verfolgten Kirche.

► An diesem Tag soll weltweit für verfolgte Christen gebetet werden.

mit dem grössten Ölvorkommen und damit ökonomisch zu mächtig, als dass andere Länder sich allzu sehr in Innenpolitisches einmischen. Aus Angst, man könnte ihnen den Ölhaushalt zudrehen, verschliessen viele die Augen davor, dass Menschenrechte verletzt werden. Religionsfreiheit ist nur eine davon.

Also kann und will niemand etwas tun?

Doch: Wir können Politiker und Unternehmer auf die Thematik hinweisen und beten. Beten, dass ein Umdenken stattfindet und menschliche Werte irgendwann wieder Priorität bekommen.

HINWEIS

► * Roberto Simona (41) ist Spezialist für Christenminderheiten und arbeitet für die Kirche in Not. Mehr Info: www.kirche-in-not.ch

Unabhängig

Wir leben in einer Zeit des intensiven Informationsaustausches, der so schnell abläuft, dass es uns ganz schwindelig wird. Ständig werden wir mit Nachrichtenmeldungen und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen bombardiert. Was gestern noch galt, ist heute plötzlich überholt. Ernährungsgrundsätze, Erziehungsratgeber, Verhaltensregeln, Beziehungstipps, Modetrends, Gesundheitsschläge wechseln so schnell, dass viele verunsichert innehalten und nicht mehr wissen, was richtig oder falsch ist.

GEDANKEN ZUM SONNTAG

von Antje Gehrig-Hofius



Exakte Informationen sind wichtig, aber wir sollten auch auf das vertrauen, was wir selber für richtig halten. Und wir sollten unsere Erwartungen etwas herunter-schrauben. Wir meinen, wir müssten allen Hinweisen nachgehen, könnten allen gerecht werden. Wir nehmen jede Kritik an, wollen besser, informierter, schöner, gesünder sein. Denn eine ganze Industrie redet uns ein, wir müssten und könnten perfekt sein. So ist es kein Wunder, dass unzählige Menschen mit sich unzufrieden sind und auf der Suche nach vermeintlicher Anerkennung oder gar Heilung jede Selbstachtung und oftmals eine Menge Geld verlieren.

Aber es ist eine Illusion zu glauben, man könne die Verantwortung für sein Leben an jemand anderen abgeben. Wir sollten uns innerlich freier machen von dem, was andere über uns sagen. Indem wir ständig versuchen, so zu sein, wie wir in den Augen der anderen sein sollten, verlieren wir uns und können am Ende nur wenig einbringen in unsere Beziehungen und unsere Aufgaben.

Von Albert Schweitzer stammt der treffende Satz: «Über nichts regnen sich die Leute so sehr auf wie gerade über die Dinge, die sie gar nichts angehen.» Der eigenen Intuition zu vertrauen und seinen eigenen Grundsätzen treu zu bleiben, kann uns helfen, unsere Integrität zu bewahren und ein erfülltes Leben zu führen.

Antje Gehrig-Hofius, Theologin

NACHRICHTEN

Sekretariat für den Rat der Religionen

Bern – Die Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) unterstützt den Plan eines Sekretariates für den Schweizerischen Rat der Religionen. Die Schweizerische Bischofskonferenz, die christkatholische Kirche der Schweiz, der Israelitische Gemeindebund sowie die beiden nationalen islamischen Dachverbände hatten ihre Zustimmung bereits signalisiert. Die Stelle im Umfang von 30 Prozent wird ab 2009 besetzt. Hauptaufgaben werden neben dem Kontakt zu Bundesbehörden besonders die Beobachtung religionspolitischer Entwicklungen in der Schweiz. (pd)

Kirchlicher «Tag der Schöpfung»?

Frankfurt am Main – Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland regt an, dass die Kirchen gemeinsam den «Tag der Schöpfung» feiern. Sie greift damit eine Anregung der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Sibiu/Rumänien auf. Am 2. Ökumenischen Kirchentag soll 2010 diskutiert werden, ob, wie und wann die Kirchen «den Tag der Schöpfung in ökumenischer Gemeinschaft mit allen Kirchen feiern wollen». (pd)

Katholische Kirche

«Wir bitten alle um Verzeihung»

Wenn Kirchenleute sich an Kindern vergreifen, wird oft geschwiegen, geleugnet, vertuscht. Nun brechen Luzerns Katholiken das Tabu.

Das 100-köpfige Parlament der Römisch-katholischen Landeskirche des Kantons Luzern hat kürzlich eine Erklärung zum Schicksal von Verding- und Heimkindern verabschiedet. Kernsätze: ● «Wir bitten alle um Verzeihung, denen als Verding- und Heimkindern Unrecht geschah.» ● «Wir werden eine Studie in Auftrag geben, die der Frage nachgeht: Welches sind die gesellschaftlichen und ideologischen Ursachen dafür, dass der christlich gebotene Einsatz für Unterstützungsbedürftige nicht selten mit unterdrückenden Mitteln geleistet wurde und wird?» ● «Wir regen an, ein Denk-Mal zu errichten.» Und: «Wir stellen dessen Finanzierung sicher.»

Missbräuche in Luzerner Heimen
Auslöser dieser Erklärung: In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden in den Heimen Knutwil, Luzern, Rathausen und Sursée Kinder aus sozial schwierigen Situationen erzogen, vor allem von kirchlichen Ordensleuten.

GERICHTSBARKEIT

Parlament will kein «Kirchengericht»

Die Römisch-katholische Landeskirche des Kantons Luzern erhält keine eigene Gerichtsorganisation. Das Kirchenparlament lehnte eine Motion ab, die eine landeskirchliche Rekurskommission einrichten wollte. Somit verläuft der Instanzenweg auch künftig über den Synodalrat und das kantonale Verwaltungsgericht.

Es war der Fall Röschenz, der zur Motion führte: 2007 musste das Kantonsgericht Basel-Landschaft ein Urteil zum Arbeitsverhältnis der Kirchengemeinde mit Franz Sabo fällen. Die Motionäre bezweifelten, dass weltliche Richter mit den kirchlichen Gegebenheiten genügend vertraut sind. **to**

Viele Kinder erlitten Strenge und Gewalt, einige wurden sexuell missbraucht. Die Opfer, heute 70 Jahre und älter, leiden noch immer. Wie viele es sind, lässt sich kaum mehr erheben. Ein Dutzend ehemaliger Verdingkinder verfasste gestern die Debatte im Kantonsrat auf der Tribüne.

Der Wortlaut der Erklärung wurde mit der Regionalgruppe Luzern der Organisation «Verdingkinder suchen

ihre Spur» besprochen. Der Synodalrat hat auch bereits 3000 Franken für die Errichtung des Denkmals ins Budget 2009 aufgenommen.

Das Papier der Kirchenbasis mag wie Vergangeneheitsbewältigung wirken – es ist durchaus aktuell. Vorgestern wurde bekannt, dass sich ein Kapuzinerpriester in Fribourg über Jahre an Knaben verging. Als das ruchbar wurde, versetzten die Kirchenoberen den Täter flugs nach Frankreich. Dort machte er weiter.

Die Erklärung war gestern unter den Synodalen (Parlamentariern) umstritten. Erwin Aregger beantragte Nichteintreten: Die Bitte um Entschuldigung sei ehrenwert, habe aber den falschen Absender. Für Verfehlungen hätten sich die beteiligten Ordensgemeinschaften zu entschuldigen, allenfalls der Kanton Luzern als Betreiber der Heime – aber nicht die Landeskirche, die es damals noch gar nicht gab. Wir laufen Gefahr, dass wir noch für ganz andere Dinge Verantwortung übernehmen müssen. »

«Zuerst an die Opfer denken»

Dem entgegnete Postulant Florian Flohr, es stehe der Kirche gut an, «zuerst an die Opfer zu denken» und nicht an Zuständigkeiten. Weitere Votanten teilten diese Ansicht. Schliesslich verabschiedete die Synode die Erklärung mit 60 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen.

ANDREAS TÖNS

KOMMENTAR

Triumph des Mitgeföhls

Zwei Kirchen trafen gestern aufeinander, wie jedes Mal, wenn die Synode zusammentritt: die Landeskirche als weltliche Organisationsstruktur der Luzerner Katholiken. Und die Landeskirche als eine Gemeinschaft gläubiger Christen.

Rein organisatorisch ist die junge Luzerner Landeskirche nicht verantwortlich für Leid, das Kirchenleute vor 60 Jahren Kindern zufügten. Dass sie sich doch als menschlich zuständig erklärte und den Opfern ihr Mitgeföhls aussprach – dass die Menschlichkeit gegen die Bürokratie siegte – ist gut und wichtig für die Glaubwürdigkeit der Kirche.

ANDREAS TÖNS